

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Die Anzeigen nehmen die Anzeiger, und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlagspreis für den Abnehmer, wöchentlich für Anzeigen aus Aue und Umgebung 50 Pfennige, auswärts 60 Pfennige, Restposten 20 Pfennige, auswärts 30 Pfennige. Anzeigen für den 1. Reichstag, amtliche Zeitungspreise.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 121

Dienstag, den 28. Mai 1929

24. Jahrgang

### Unnachgiebigkeit der Alliierten

#### Fortsetzung der Verhandlungen in Paris

Die deutschen Delegierten haben am Sonnabendvormittag zunächst mit Owen Young, alsdann mit den englischen Delegierten verhandelt. In der wesentlichen Differenz der Ziffernfrage ist eine Annäherung der beiden Standpunkte noch nicht erzielt, jedoch gehen die Verhandlungen weiter. Solange die Ziffernfrage nicht erledigt ist, kann eine Entscheidung über die drei ausstehenden Vorbehalte nicht getroffen werden.

Die deutschen Delegierten Dr. Schacht und Geheimrat Kahl haben am Sonnabendnachmittag mit dem ersten französischen Delegierten Moreau verhandelt. Auf Grund dieser Unterredung ist die Zahlenfrage endgültig dahin geklärt worden, daß von den Gläubigerländern eine Erhöhung der Young'schen Zahlen um jährlich 52,8 Millionen Reichsmark gefordert wird. Ueber diese Forderung gehen die Verhandlungen weiter.

In einem Artikel behandelt die Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz das Reparationsmemorandum der Gläubigerstaaten. Die Korrespondenz schreibt: Es hat sich klar gezeigt, was ja auch die Gläubigerfachverständigen nicht leugnen, daß es sich um eine ganz wesentliche Erhöhung gegenüber dem Owen Young'schen Zahlungsplan handelt. Der Young-Plan ist also von der Gegenseite nicht angenommen, vielmehr durch eine komplizierte mathematische Konstruktion ersetzt worden, die zunächst auf eine Erhöhung der Deutschland zugeordneten Jahresleistungen um nicht weniger als je 113 Millionen RM hinausläuft. Im weiteren Verlauf der „Aufklärungsarbeit“ hat man dann bis zu einem gewissen Grade einen Rückzug angetreten, bei dem aber immer noch eine jährliche Mehrleistung gegenüber dem Young'schen Plan von 52,8

Millionen RM und obendrein eine besondere Abfindung für Belgiens Markanspruch mit zehn Jahresraten zu je 25 Millionen übrig blieb. Ferner werden gerade die ersten zehn Jahresraten gegenüber dem Young-Plan besonders stark erhöht werden, dann werden die Jahresleistungen bis zum 20. Jahre, um erst später abzufallen. Das ist gerade das Gegenteil des Notwendigen und mit der ganzen Konferenz bezweckten, nämlich einer Entlastung Deutschlands in der Anfangsperiode, um ihm die nötige Kräftigung zur Tragung der großen Gesamtlast auf die Dauer von Jahrzehnten überhaupt zu ermöglichen. Im Augenblick sieht also die Zahlenfrage im Vordergrund, daneben spielen aber die deutschen Vorbehalte in einigen wichtigen Punkten weiter eine maßgebende Rolle. Die Schwierigkeiten, die im Augenblick bestehen, rühren zum großen Teil aber offensichtlich daher, daß sich die Gläubigerfachverständigen überhaupt auf Fragen eingelassen haben, die gar nicht zu dem Aufgabengebiet der Konferenz gehörten. Denn diese hatte ein Gutachten über die deutsche Leistungs- und Zahlungsfähigkeit abzugeben und nicht Lösungsvorschläge, etwa für den Separatpunkt der belgischen Markforderungen oder für einen Verteilungsschlüssel der Gläubigerstaaten, der auf den Ertrag einer etwa gefundenen deutschen Gesamtleistung und ihrer periodischen Gliederung anzuwenden wäre.

Es ist unverkennbar, daß durch dieses Hin- und Hertragen nicht dazu gehörender Gegenstände in die eigentliche Aufgabe und durch die Verschlebung des Schweregewichtes von der Frage der deutschen Leistungsfähigkeit nach der Frage der Gläubigerbedürfnisse hin sich die Arbeiten so kompliziert haben, daß man nach 13 Wochen schließlich einen Vorschlag zu besprechen hat, der in der entscheidenden Zahlenfrage fast wieder zum Ausgangspunkt zurückgeführt ist.

### Die Reform der Arbeitslosenversicherung

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ weiß aus Reichstagskreisen nähere Angaben über die Reform der Arbeitslosenversicherung zu machen. Es handele sich bei den gegenwärtigen Verhandlungen sowohl um eine Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als auch um eine Änderung des Gesetzes über die Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit. Im Hinblick auf das letztere Gesetz seien materielle Änderungen noch nicht vorgeschlagen, sondern hier müsse vorerst einmal eine Regelung über die Dauer des Gesetzes getroffen werden, und zwar soll die gegenwärtige Regelung bis zum Ablauf des nächsten Winters gelten. Für 1929 sollen bis zu 80 Millionen RM zur Verfügung gestellt werden, damit man für alle Möglichkeiten gesichert sei.

Im Reichsarbeitsministerium ist man zu einer Reihe von Änderungsvorschlägen gekommen, bei denen auch der Begriff der Arbeitslosigkeit genau umrissen wird. Weitere Änderungen betreffen die Sperrfrist, die elastisch gestaltet werden soll, den Erwerb der Arbeitslosigkeit auf Arbeitslosenunterstützung, und endlich wird auch die Frage der Rentner neu geregelt. Eine Entlastung des Reiches soll aber — und das ist der Kernpunkt der Vorschläge, die im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet wurden — dadurch eintreten, daß der Reichsanstalt die Möglichkeit geboten werden soll, ihre Einnahmen zu erhöhen, und zwar soll der Verwaltungsrat der Reichsanstalt ermächtigt werden, in Notzeiten den Versicherungsbeitrag, der jetzt auf drei Prozent festgesetzt ist, auf vier Prozent zu steigern. Es ist ausgerechnet worden, daß auf diese Weise der Reichsanstalt eine Mehreinnahme von etwa 275 Millionen RM im Jahre zufließen würde.

Auch innerhalb der Gewerkschaften sind Vorschläge in Vorbereitung, die sich u. a. auf die Frage des Minderheitenschutzes der übrigen Gewerkschaften gegenüber den freien Gewerkschaften beziehen. Weiter verlangt auch die Frage der Ersatzklassen eine Regelung. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung soll nicht mehr das Versicherungsmonopol haben, sondern auch die Ersatzklassen, z. B. der großen Angestelltengewerkschaften. Bei einer derartigen Neuordnung würde schon durch den Konkurrenzgedanken die Reichsanstalt zu größter Sparsamkeit und Rationalisierung gezwungen werden.

### Entschliessungen der Reichskolonialtagung

Bei der eindrucksvollen öffentlichen Kundgebung der Reichskolonialtagung im Kuppelraum der Stadthalle in Hannover am gestrigen Abend, bei der nach der Ansprache des Vorsitzenden, Gouverneur a. D. Selig, und anderen Reden der frühere Gouverneur Dr. Schnee einen Vortrag hielt, wurde eine Entschliessung einstimmig angenommen, in der die Reichsregierung u. a. aufgefordert wird, mit großer Aufmerksamkeit sowohl die von der englischen Regierung hinsichtlich des Mandatsgebietes Deutschostafrika, wie die von der südafrikanischen Regierung hinsichtlich des Mandatsgebietes Südwestafrika betriebenen Pläne, die auf eine völlige Verschmelzung dieser Gebiete mit denen des Mandatars unter Verletzung der Mandatsbestimmungen abzielen, zu verfolgen und, soweit die englische Regierung glaubt, für die von ihr verfolgten Pläne hinsichtlich Deutschostafrikas eine Rechtsgrundlage in den Mandatsbestimmungen zu finden, beim Völkerbundrat eine Revision der mit der Völkerbundsatzung in Widerspruch stehenden Absätze dieser Bestimmungen zu beantragen.

In einer weiteren Entschliessung heißt es: „Die Tagung begrüßt lebhaft die von Dr. Schacht in Paris erhobene Forderung, daß Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen Gelegenheit gegeben werden müsse, sich wieder eine eigene überseeische Rohstoffbasis zu schaffen, die es mit eigenen Produktionsmitteln, mit eigener Währung und unter eigener Verantwortung entwickeln und ausbauen kann. Die Versammlung erwartet von der Reichsregierung und dem Reichstag, daß sie auf Erfüllung dieser Forderung bestehen.“

### Ausperrung in der schlesischen Textilindustrie

Die Ausperrung in der schlesischen Textilindustrie ist am Sonnabend nach Arbeitschluss zur Durchführung gelangt. Von den Färbungen sind rund 60 000 Arbeiter betroffen, dazu kommen über 10 000 Arbeiter, die bereits vor der Ausperrung im Laufe der letzten Monate infolge Arbeitsmangels arbeitslos geworden waren.

### Der sozialdemokratische Parteitag

Der sozialdemokratische Reichsparteitag hat am Sonnabend in der Stadthalle in Magdeburg mit Sitzungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses begonnen. Etwa tausend Delegierte und Gäste aus allen Teilen des Reiches werden in Magdeburg erwartet. Vor der Stadthalle sind Masten mit riesigen roten Bannern aufgestellt. Von der Halle selbst wehen die Farben des Reiches, Preußens und der Stadt Magdeburg. Die Mitglieder der Reichstags- und Landtagsfraktionen sind größtenteils bereits in Magdeburg eingetroffen, so auch der Parteivorstand, der die Sitzung des Parteiausschusses leitete.

Zu den einzelnen Beratungsgegenständen des Parteitages liegen aus allen Teilen des Reiches insgesamt rund 175 Anträge vor, davon mehr als 50 zum Wehrprogramm. Der Bericht des Parteivorstandes, der bereits vorliegt, enthält im übrigen Material statistischer Art. Die Parteiorganisation umfaßt danach gegenwärtig 8916 Ortsgruppen, was eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 454 bedeutet. Der Mitgliederbestand betrug am Jahreschluss 937 381, rund 70 000 mehr als im Vorjahr. Für die Wahlen im Jahre 1928 wurden mehr als 2 1/2 Millionen RM angewendet, für die Wahlen seit 1924 fast 8 1/2 Millionen.

### Rundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterjugend

Aus Anlaß des sozialdemokratischen Parteitages fand am Sonnabendabend in der Magdeburger Stadthalle ein mitteleuropäischer Arbeiterjugendtag statt, dem die Leitung den Gedanken einer Rundgebung der Arbeiterjugend für die sozialdemokratische Internationale zugrundegelegt hatte. Als Gast ergriff der norwegische Sozialist Bratø das Wort. Er wies in seiner Rede darauf hin, daß das Problem, das den Hauptgegenstand des Parteitages bildet, das Wehrproblem, ein internationales Problem sei, das es nur international gelöst werden könne. Internationale Zusammenarbeit sei aber heute noch schwierig, da auch der Arbeiter sich, besonders wenn er sich freier und ungebundener fühle, an sein Land halte. Die Arbeiterinternationale sei auch heute nur eine europäische, sie werde vielfach sogar eine deutsche genannt. Reichstagspräsident Brüning ergriff das Wort zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema „Nation und Völkergemeinschaft“. Wir verneinen, so führte er u. a. aus, unser Volkstum nicht, wir erkennen aber weitere, umfassendere Bindungen an, eine allgemeine menschliche Solidarität. Auch wir sind u. B. stolz auf die Leistungen des Völkertums, das heute, das sie uns offen

band vollbracht worden sind. Aber ebenso freuen wir uns über die prächtige Bekundung menschlicher und internationaler Hilfsbereitschaft, als dieses Werk in Gefahr war. Unsere internationale Einstellung steht nicht im Gegensatz zum Bekenntnis und zur Bejahung unseres eigenen Volkstums. Reichstagspräsident Brüning schloß seine Ausführungen mit einer Warnung vor dem nationalistischen Geist, der an die primitiven Instinkte der Menschen appelliere, und mit einer Kritik des Völkerbundes, der noch kein Bund der Völker, sondern bestenfalls ein Bund der Regierungen sei. Den wahren Völkerbund zu schaffen, werde die Jugend in der Zukunft berufen sein.

Der Sonntagvormittag war ausgefüllt mit Sitzungen von Einzelorganisationen. Der sozialdemokratische Umzug durch die Stadt gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. In dem Ehrenhof des Ausstellungsgeländes, wo eine zahlreiche Menschenmenge den Zug erwartete, fand eine Massensammlung statt. Reichstagskanzler Müller, der ebenso wie der preussische Ministerpräsident Braun stürmisch begrüßt wurde, wandte sich in einer Ansprache gegen den Vorwurf, daß die Arbeiterklasse nicht national sei. Gerade der Sozialdemokratie verdanke man, daß das Reich nicht zusammengebrochen sei. Der Kanzler forderte auf, auszuweichen in dem Kampfe für den Sieg des Sozialismus.

Gestern fand auch die feierliche Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitages statt. Der Parteivorstand Wels ergriff das Wort zu einer Rede, in der er den Eintritt der Partei in eine Koalitionsregierung und die Haltung gegenüber den Kommunisten rechtfertigte. Früher sei die Partei Oppositionspartei gewesen, heute habe sie der Wille von mehr als einem Drittel des deutschen Volkes zur stärksten Regierungspartei gemacht. Durch diesen Erfolg sei die jetzige Lage geschaffen. Für alle Parteien sei Verantwortung in der Regierung eine Belastung, besonders in agitatorischer Hinsicht. Wels streifte auch die Verhandlungen in Paris und wies darauf hin, daß das Deutsche Reich in seinen Entschlüssen noch nicht frei sei. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, so erklärte er, die durch keinen Parteibeschluß aus der Welt geschafft werden kann, daß ein erheblicher Teil der Arbeit und der Produktion des deutschen Volkes nicht dem allgemeinen Wohl des eigenen Landes, sondern Jahrzehnte hindurch den Reparationsgläubigern zufließt. Die Beseitigung dieses Zustandes könne nur erreicht werden durch das Wirken der sozialistischen Internationale.

